

Rheinberger STATT Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Frühling 2021

Aus der Fraktion

Klamme Kassen!

Corona macht uns einen Strich durch die Rechnung! Aus dem Tal der Haushaltssicherung herausgekrochen, drohen wir jetzt in Rheinberg zurückzufallen in dieses dunkle Loch.

Die Ausgaben sind in der Pandemiezeit gestiegen – die hälftige Erstattung der Kita-Gebühren, weil das Land nur 50 % trägt, die Beschaffung von Hygienemitteln, von IT, um Kommunikation in Verwaltung und Schule überhaupt noch aufrecht zu erhalten – die Liste der zusätzlichen Ausgaben ist lang.

Auf der anderen Seite der Einbruch der Einnahmen durch Gewerbesteuerausfälle – auch vielen Unternehmen, der Gastronomie und den Selbstständigen geht's schlecht.

Da steckt auch Politik in der Zwickmühle! Hat sie sich doch nichts mehr gewünscht, als zu gestalten, als Rheinberg mit dem Stempel des eigenen Profils voranzutreiben und zu entwickeln. Dafür wurden wir schließlich gewählt. Viele gute Ideen sind aber nicht für nichts zu haben!

Für uns ist dies kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken.

Als zweitstärkste Kraft in Rheinberg und mit entsprechender Verantwortung ist es uns GRÜNEN wichtig, eine zweite Haushaltssicherung zu vermeiden.

Wir wissen, dass jetzt nicht die Zeit der großen Wünsche ist, obwohl die Klimaveränderungen nicht vor der Coronapandemie halt machen. Sie sind nach wie vor vorhanden und stellen uns – sobald ein Großteil der Bürger*innen geimpft ist – vor die nächste große und vielleicht ebenfalls das Leben, wie wir es kennen, bedrohende Herausforderung.

Und was hilft es, wenn alle Fraktionen für sich und ihre Ideen in einem Wettbieten die meisten Mittel fordern – übrig bleiben leere Kassen und ein Haushalt, der nicht länger durch Rheinberg bestimmt wird, sondern durch den Kreis.

Hilfreich wäre, wenn dies alle Fraktionen im Rat der Stadt Rheinberg erkennen würden. Kein Bürger, keine Bürgerin wünscht sich in dieser Zeit politische Auseinandersetzungen, wie das nicht vorhandene Geld ausgegeben werden soll.

In Zeiten wie diesen müssen alle an einem Strang ziehen. Alles andere ist unnötige Verschwendung von Zeit und Ressourcen.

Das Maß der Mitte ist jetzt das Motto!

Auch wir GRÜNEN nehmen Einschnitte hin in Bereichen, die uns wichtig sind.

Aber auch wenn wir jetzt Zurückhaltung bei städtischen Ausgaben üben, wollen wir doch die wichtigen Zukunftsaufgaben angehen: Aus dem demnächst fertiggestellten Mobilitätskonzept wollen wir eine Prioritätenliste für der Verbesserung der Radwege ermitteln lassen, wir wollen neue Standards für umweltfreundliches Bauen definieren, wir wollen Wohnraum für Behinderte schaffen. Die Mittel für Inklusionshelfer*innen an den Schulen sollen weitgehend erhalten bleiben, beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung soll möglichst nicht gespart werden.

Wir gehen den Haushalt 2021 also mit Augenmaß, aber auch mit Vorbereitung auf zukünftige Weichenstellungen an. Wir müssen in jedem Jahr prüfen, was geht jetzt und was noch nicht. Dafür sollten alle Fraktionen von ihren Maximalforderungen abrücken, denn durch die Krise kommen wir nur gemeinsam.

www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg
Instagram @gruenerheinberg

Bei den Elternbeiträgen für die KITA haben wir uns zur Entlastung der Eltern gegen eine Belastung der Geschwisterkinder, aber für das neue Gebührenmodell der Verwaltung ausgesprochen. Es sah vor, bis zu einem Einkommen von 30.000 Euro keine Gebühren zu erheben (vorher bis 20.000 Euro) sowie kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Gut 75% der Eltern hätten so weniger für die Kinderbetreuung zahlen müssen. Dies vor dem Hintergrund, dass durch Corona besonders untere und mittlere Einkommensgruppen betroffen sind. Im Jugendhilfeausschuss fand dieser soziale Ansatz leider keine Mehrheit.



Svenja Reinert
Fraktionssprecherin
über die
schwierigen
Haushalts-
beratungen

Wie weiter mit dem Verkehr in der Innenstadt?

Der Rat hatte in der vergangenen Legislaturperiode die Entscheidung über ein Verkehrskonzept für die Rheinberger Innenstadt zurückgestellt und in die neue Legislaturperiode verwiesen.

Nun ist die Beendigung der Innenstadtsanierung absehbar, somit kann auch das Problem der zukünftigen Regelung des Verkehrs bis zu den Wällen angegangen werden. Die GRÜNE Fraktion hat daher einen Antrag mit folgenden Kernelementen eingebracht:

Ziel des zukünftigen Verkehrskonzeptes soll eine **Attraktivitätssteigerung der Aufenthaltqualität in der Rheinberger Innenstadt unter Vermeidung von Durchgangsverkehr und unter Gewährleistung von Lärmschutz, geringeren Emissionen und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen** sein.

Dabei sollen die Bürger*innen Rheinbergs intensiv in den Abstimmungsprozess für dieses Konzept eingebunden werden. Zur Vorbereitung einer Entscheidung, wie der Verkehr in Zukunft in der Innenstadt geregelt sein soll, wird daher die Verwaltung beauftragt, eine Bürgerinformation und -befragung durchzuführen.

Von einer Verbesserung der verkehrlichen Situation im Zentrum Rheinbergs könnten positive Impulse für den Einzelhandel, die



Gastronomie und den Tourismus ausgehen und insgesamt könnte die Identifikation mit der Stadt Rheinberg gestärkt werden.

Um anfallende Kosten gering zu halten – wichtig auch wegen der schwierigen Haushaltssituation der Stadt –, sollte der Fokus auf möglichst geringe bauliche Maßnahmen gelegt werden. Zudem sollen alle Geschäfte, Restaurants und sonstigen Anlaufadressen problemlos erreichbar bleiben.

Über welche **Möglichkeiten und Alternativen** könnte überhaupt diskutiert werden? Nun, zum einen wäre zu fragen, ob und wie sich eine Verkehrsberuhigung des Durchfahrtsbereichs Holz-/Fischmarkt erreichen

ließe zur Vermeidung des Durchgangsverkehrs.

Weiterhin müsste der Busverkehr betrachtet werden: Sollen wir im Zentrum den Busverkehr beibehalten oder (teilweise oder komplett) auf die Wälle auslagern (siehe Diskussion um gelockerte Steine)?

Ließe sich in bestimmten Abschnitten Anliegerverkehr oder alternativ eine Fußgängerzone einrichten? Wie sähe es mit einer verkehrsberuhigten Zone „historischer Stadtkern“ mit einheitlichen Temporegelungen aus?

Sollen wir die Straße Großer Markt offen lassen für motorisierten Individualverkehr oder (zeitweise) sperren und damit der

Gastronomie mehr Möglichkeiten einräumen?

Bedarf der Lieferverkehr einer ergänzenden Regelung? Wie schaffen wir bessere Voraussetzungen für den Radverkehr – Wege, Stellplätze, Lademöglichkeiten für eBikes? Wo sollten Ladestationen für Elektroautos installiert werden?

Sind nicht Hinweisschilder zu einzelnen Geschäften und Sehenswürdigkeiten oder auch Vorwegweiser zu übergeordneten Zielen sinnvoll?

Brauche wir weitere Sonderparkplätze für Schwerbehinderte?

All dies und sicher noch mehr wäre zu diskutieren und abzuwägen. Wir sind aber sicher: Am Ende dieses Prozesses stünde eine noch attraktivere und zum Aufenthalt einladende Innenstadt.



Jürgen Bartsch
Stellvertretender
Fraktionssprecher
will die
Bürger*innen an
der Entwicklung
des Stadtkerns
beteiligen.

Garbe/Rudolph/Daimler: Noch ein Großlogistiker kommt . . .

Mit seinem am 21. 9. 2020 eingereichten Bauantrag hat der Hamburger Logistik-Entwickler GARBE für das ehemalige Underberg-Gewerbegrundstück im B-Plan Nr. 36 den Fuß in die Tür gestellt, in Rheinberg noch eine rd. 22.000 qm große Logistikhalle mit entsprechendem zusätzlichen LKW-Verkehr (bis zu 150 Fahrten täglich) zu errichten.

Am 12. Mai 2020 hat unsere Fraktion einen Auskunftsantrag an die Stadt Rheinberg gestellt. Dieser wurde am 2. September 2020, also wenige Wochen vor der Einreichung des Bauantrages, beantwortet – leider jedoch ohne jeglichen Hinweis auf den Verkauf des Grundstücks und die bereits laufenden Vorbereitungen des Bauantrages.

Nachdem die Planung der Firma Garbe, dort einen weiteren Logistiker ansiedeln zu wollen, öffentlich wurde, hat die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN alles dafür getan, dass dieses Vorhaben nicht ohne Weiteres kurzfristig umgesetzt werden konnte.

Deswegen wurde in der Ratssitzung am 15. 12. 2021 mehrheitlich der Beschluss zur Erarbeitung einer Änderung des Bebauungsplanes 36 gefasst. Nur mit diesem starken Signal, stadtentwicklungs-

politisch Flagge zu zeigen und den B-Plan zu ändern, konnte überhaupt ein offener Dialogversuch mit der Fa. Garbe, diesmal unter Einbeziehung der Politik, unternommen werden.

Im Zuge der Gespräche zwischen Stadt und Bauherrn hat die Firma Garbe dargelegt, welche vertraglichen Verpflichtungen sie schon eingegangen ist im Vorgriff auf die erwartete, aber wegen des Ratsbeschlusses zunächst formal durch die Stadt zurückgestellte Baugenehmigung. Zudem wurde betont, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen und die Stadt für Kosten und entgangene Gewinne in Regress zu nehmen. Zugleich wurden seitens der Firma aber auch ökologisch, verkehrstechnisch und materiell für die Stadt wertvolle Verbesserungen der Ausgestaltung des Bauvorhabens in Aussicht gestellt, sofern man sich doch noch zusammenfinden würde.

Keine Frage: Wir sind gerade im Westen Rheinbergs mit einer Fülle von Logistikbetrieben „gesegnet“, die mittlerweile die Verkehrskapazitäten Rheinbergs überschreiten und Anwohner*innen belasten. In Abwägung aller Gesichtspunkte hat sich unsere Fraktion aber entschieden, auf diesen Kompromiss einzugehen und damit die prozessualen Unwägbarkeiten zu vermeiden.

Nur durch unsere Entschlossenheit, diese Unwägbarkeiten im vertretbaren Umfang wegen der damit verfolgten qualitativen Hinzugewinne für die Zukunft einzugehen, war diese Entscheidung auf besserem Niveau als zuvor möglich. Dass die Ansiedlung eines weiteren und zudem so großen Gewerbebetriebes in der Stadt auch materielle und soziale

Vorteile bietet, ist unbestritten und in unsere Entscheidung eingeflossen. Vorkehrungen, dass sich ein solcher Fall durch weitere unbewusste bzw. nicht hinreichende Beachtung von Reserve-

flächen in den Bauleitplänen der Stadt wiederholt, z. B. auf dem Gelände der ehemaligen Messe Niederrhein, haben wir gemeinsam mit der CDU parallel dazu auf den Weg gebracht.



Die Vereinbarung mit der Firma Garbe, die unter anderen folgende Kernpunkte enthält:

- Es wird durch die Firma eine Machbarkeitsstudie für einen Gleisanschluss des Logistikbetriebs in Auftrag gegeben, um den LKW-Verkehr zu reduzieren und Güter ökologisch verträglicher mit der Bahn zu transportieren.
- LKW-Verkehre sollen ausschließlich in Richtung Süden (Moers, L137) geführt werden.
- Eine 6-stellige Summe wird von der Firma bereitgestellt, um an der Straße Minkeldonk eine Verbesserung der LKW-Verkehrsabwicklung zu erreichen oder alternativ ein großflächiges Verkehrskonzept in Auftrag zu geben.
- Die Firma schafft Stellplätze für LKW, die nach Betriebsschluss in Rheinberg ankommen.
- Für eine bessere Ausschilderung für LKW über die Straße Minkeldonk nimmt Garbe eine 5-stellige Summe in die Hand.
- Garbe pflanzt 16 großkronige Bäume und schafft Ladestationen für e-Bikes und Elektroautos.



Ralf Winstroth
Ratsmitglied
über die
Vorgänge zur
Ansiedlung
eines weiteren
Großlogistiklers

Klima- und Umweltschutz kann jeder

Mir ist absolut klar, dass das ein schmaler Grat ist, als Vertreter von Bündnis 90/Die GRÜNEN „kluge Vorschläge“ zum Klima- und Umweltschutz machen. Das weckt bei dem einen oder anderen so viel Lust wie ein Zahnarztbesuch oder die jährliche Steuererklärung.

Das verstehe ich. Und auch ich habe noch viel Potential in meinem persönlichen Verhalten für mehr Klima- und Umweltschutz. Trotzdem, mit den immer stärker erkennbaren Auswirkungen der Klimaveränderung steigt die Notwendigkeit zu gemeinsamen und individuel-

len Anstrengungen, die globale Temperaturerhöhung zu begrenzen. Niemand kann genau prognostizieren, welche Konsequenzen jedes weitere halbe Grad haben wird und ab welchem (Kipp-) Punkt eine unumkehrbare Dynamik im globalen Klima entsteht. Fest steht auf

jeden Fall: Um das Schlimmste abzuwenden, muss mehr getan werden – bei den politischen Rahmenbedingungen und im privaten Handeln.

Die Stadt Rheinberg fördert den Klima- und Umweltschutz und geht mit einigen Beispielen voran (siehe Internetseite der Stadt): Die Energieberatung „Dr. Haus“, die Förderung von „Stecker-Solar“, die Förderung zur Begrünung von Hof-/Gartenflächen usw. Alle privaten Haushalte – auch Sie! – können etwas tun. Mit diesem Artikel möchten wir viele Möglichkeiten zum individuellen Klima- und Umweltschutz nennen – nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern in der Hoffnung, dass Sie das ein oder andere anspricht. **Machen Sie mit – es ist unsere Verantwortung, jetzt!**

Dieses ist keine abschließende Aufzählung! Gerne nehmen wir Ihre weiteren Ideen entgegen und ergänzen entsprechend.		
Mobilität	Pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad oder mit Fahrgemeinschaften	Kurz- und Mittelstrecken per Bus und Bahn statt mit dem Flieger
	Elektro-Kleinwagen statt PS-starke PKW	Kraftstoff- bzw. energiesparende Fahrweise
Ernährung	Bio-Nahrungsmittel aus der Region bevorzugen	Mix aus vegetarischer Ernährung und Fleischkonsum
	Leitungswasser statt Mineralwasser trinken (Einsparung von CO2 und Verpackung)	Verpackungsfrei / -arm einkaufen, Verpackung im Supermarkt zurücklassen
Wohnen	Elektrogeräte ausschalten, statt im Standby zu belassen	Beleuchtung auf LED umstellen
	Eine Solarstrom (PV) Anlage installieren	Öko-Strom beziehen
	Insektenfreundliche Gärten schaffen	Gebäudedächer und -fassaden begrünen
	Wäsche in voller Maschine, bei max. 60°, kein Trockner	Moderat und bewusst heizen, Klimageräte nur wenn nötig betreiben
Finanzen	Bei Neuanschaffungen auf hohe Energieeffizienz achten	Nachhaltige Finanzprodukte wählen, z.B. von Ökobanken
Konsum	Mehrweg statt Einweg wählen, Taschen und Körbe statt Tüten aller Art	Ökologisch und sozial achtsam hergestellte Textilien bevorzugen, lieber Natur- statt Kunstfasern (keine Tierprodukte)
	Second-hand-Ware als Einkauf erwägen, gut erhaltene Gebrauchtwaren anbieten (statt wegzuwerfen)	Reparatur-/recyclingfähige, umweltverträglich hergestellte Produkte bevorzugen



Thorsten Reichert
Sachkundiger Bürger
wirbt für den
Umwelt- und
Klimaschutz

Mehrweggeschirr – Umweltschutz „To-Go“ für Rheinberg

Ob Pizzakartons, Coffee-to-go-Becher oder Burgerboxen – fast die Hälfte des Straßmülls in Rheinberg besteht aus Verpackungen für den sehr kurzen Gebrauch. Das sieht nicht nur hässlich aus, sondern kostet Städte und Gemeinden durch die Entsorgung dieses Mülls gemäß der Deutschen Umwelthilfe bundesweit jährlich 720 Millionen Euro; ein Problem, das sich durch die Corona-Beschränkungen des vergangenen Jahres noch verschärfte.

Aber auch der langfristige Trend spricht Bände: Die Kunststoffabfälle für Einwegverpackungen und -geschirr sind laut Naturschutzbund Deutschland seit 1994 um 72% gestiegen, zurzeit fallen pro Bundesbürger*in jährlich 38 kg Kunststoffabfälle für Verpackungen an.

Die Lösung dieses Problems liegt auf der Hand: Mehrwegsysteme vermeiden Plastikabfälle, verringern das Müllaufkommen im öffentlichen Raum und sind sehr klimafreundlich. Hierbei bestehen jedoch auf Seiten der Gastronomie und der Supermärkte einige Vorbehalte im Hinblick auf Funktionalität und Kosten der Mehrweglösungen.

Um diese Bedenken aufzunehmen, fand am 19. Januar auf Einladung des Klimabündnisses der Kommunen im Kreis Wesel eine Infoveranstaltung per Video-

konferenz statt. Hier informierte das Start-up-Unternehmen Vytal aus Köln über sein bestehendes digitalbasiertes Mehrwegsystem, das bereits von über 600 Kantinen, Restaurants, Supermärkten und Lieferdiensten genutzt wird. Bei diesem pfandfreien System stattet Vytal seine Partner mit den Menügefäßen aus – eine Gebühr für den Gastronomiebetrieb fällt nur pro Befüllung an, also wenn tatsächlich Einwegmüll eingespart wird. Die Ausleihe an den Endverbraucher / die Endverbraucherin wird bequem über eine App oder eine Kundenkarte abgewickelt, die Rückgabe des Gefäßes ist über jeden teilnehmenden Betrieb innerhalb von 14 Tagen möglich.

Die flächendeckende Einführung des Mehrwegprinzips ist für alle Beteiligten insofern umso dringlicher, als ab 3. Juli alle herkömmlichen Einwegverpackungen aus Kunststoff wie auch To-go-Becher, Trinkhalme und Plastikbesteck gesetzlich verboten werden – dieses Verbot gilt auch für Wegwerfgeschirr aus biobasiertem oder biologisch abbaubarem Kunststoff.

Gespräche mit der Rheinberger Gastronomie und Imbissbetreiber*innen zeigten, dass diese Information sich unter den unmittelbar Betroffenen noch nicht überall herumgesprochen hat.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine Mehrweglösung ein, die die Interessen der Gastronomie, Supermärkte und Lieferdienste in Rheinberg berücksichtigt. Wir begrüßen die bestehende Kooperation der Stadt Rheinberg in dieser Frage mit den umliegenden Kommunen sowie ihre Absicht, das Gastgewerbe in bei der Einführung der Mehrweglösung finanziell zu fördern und unterstützen sie nach Kräften, Gewerbetreibende und Verbraucher*innen für eine baldige flächendeckende Einführung eines Mehrwegsystems zu begeistern.



Thilo Capelle
Sachkundiger Bürger
setzt sich für die
flächendeckende
Einführung eines
Mehrwegsystems
ein

PRÜFAUFTRÄGE DER FRAKTION AN DIE VERWALTUNG

Wer in Rheinberg weite Wege zum Stadthaus hat und manche gesundheitliche Einschränkung ertragen muss, der wünscht sich im Ort eine Anlaufstelle der Verwaltung, die Beratung und Hilfe anbietet. Informationen zu vorhandenen Beratungsstellen und Ansprechpartner könnten so schnell und kompetent vermittelt werden.

Auch sollten nachbarschaftliche Hilfen vor Ort aufgebaut, gefördert und begleitet werden. Die Beteiligung des LEADER-Nachbarschaftsprojekts wäre aufgrund der vorhandenen Erfahrung sinnvoll.

Die Öffnung der Verwaltung in die Ortsteile ist notwendig, um den Bürger*innen die Sicherheit zu geben, dass sie mit ihren Anliegen gesehen und gehört werden und ihnen Hilfe vermittelt wird. Die Ortsvorsteherinnen, die die Strukturen im Ort kennen, sollten miteinbezogen werden, wenn es um die Frage geht, wie und wo Beratung bestmöglich angeboten werden kann.

Ebenso wichtig ist es, dass die wohnortnahe und trägerunabhängige Pflegeberatung in Rheinberg vorgehalten wird; eine mögliche Neuausrichtung seitens des Kreises Wesel darf die qualifizierte und kompetente Beratung vor Ort nicht in Frage stellen.

Wir GRÜNE haben zu beiden Anliegen Prüfaufträge gestellt, die von der Verwaltung nach Beratung und Entscheidung im Sozialausschuss hoffentlich umgesetzt werden.

Barbara Ettwig

Segel setzen in Sachen Sport

Auf der Agenda der vergangenen Ratsperiode standen in puncto Sport eine Menge schwieriger Aufgaben: Es galt die Sportförderrichtlinien zu renovieren sowie endlich ein verständliches und von der Mehrheit der Vereine getragenes Sportstättenkonzept, insbesondere für die Großspielfelder, zu konzipieren.

Für vielerlei Investitionen bei den Sportstätten sollte eine Prioritätenliste aufgestellt und entlang einer Zeitschiene abgearbeitet werden. Die Erhaltung der Bäder und das Festhalten an den sechs Standorten der Fußballvereine hatten bei den Rheinberger Bürger*innen hohe Priorität. Während der Wahlen sprachen sich alle Bürgermeisterkandidaten für eine solche Zielsetzung aus. Trotzdem blieben entsprechende Entschlüsse im Sportausschuss aus. Ständig wechselnde Vertretungen bei einigen Fraktionen behinderten eine klare einvernehmliche Fahrtrichtung. Aus Mangel an Entschlusskraft wurden unübersichtliche Gremien, die Sport AG und die Koordinierungsgruppe Sport, geboren und ein Fachmann zur Beratung des Ausschusses, der Verwaltung und des Stadtsportverbandes verpflichtet. Die Uneinigkeit im zuletzt genannten Gremium, der Vertretung der Vereine im Sportausschuss, ließ auch kein Vorankommen erkennen, vielmehr wurden zeitliche Fristen, die der Sportausschuss gesetzt hatte, nicht eingehalten.

Die jetzige Hoffnung für ein Vorankommen im Sport nährt sich durch die neu-

en Mehrheitsverhältnissen im Sportausschuss und im Rat. Ein richtungsgebender Zusammenschluss der Fußballvereine SV Orsoy, SV Millingen, Tus Borth und SV Budberg zu "4 Vereine in Bewegung" spricht sich einvernehmlich für den Ausbau der Platzanlage von Concordia Rheinberg (Zusammenschluss der Fußballvereine Concordia Ossenbergs und Tus Rheinberg) als oberste Priorität der Zukunft aus. Bürgermeister Dietmar Heyde, langjähriges Mitglied im Sportausschuss, leitet in Personalunion das Dezernat I mit dem Fachbereich Sport. Auch beim Bürgermeister steht der Ausbau an der Xantener Straße an erster Stelle. Die fokussierte Arbeit an dieser Aufgabe könnte den erforderlichen Schwung in die politische Befassung mit weiteren Sportthemen bringen.

Wünschenswert wäre zudem ein Stadtsportverband, der, aufbauend auf dem einvernehmlichen Vertrauen seiner Mitgliedsvereine, eine starke Stimme mit hoher Beratungsfähigkeit in den Sportausschuss einbringen kann.



Peter Mokros
Ratsmitglied
wünscht einen
handlungsfähigen
Stadtsportverband

*Mit vier Direktmandaten haben die Wähler*innen die GRÜNEN bei der Kommunalwahl ausgestattet. Dietmar Heyde wurde Bürgermeister. Die drei anderen direkt Gewählten stellen wir Ihnen in dieser und den kommenden Ausgaben vor.*

Peter Mokros



*Es ist meine Freizeit, die ich als kommunaler Hobbypolitiker für meine Wähler*innen eingesetzt habe und auch in Zukunft motiviert durch die tolle Zustimmung investieren werde. Ich war platt, als das Wahlergebnis sehr spät an diesem wunderbaren Abend im letzten September endlich bekanntgegeben wurde. Beinahe doppelt soviel Zuspruch als jeder Kandidat anderer Parteien habe ich erfahren. Dass hat mich sehr gerührt, auch wegen Erinnerungen an die tollen fachlichen, humorvollen, aber auch ernsthaften und konfliktbeladenden Gespräche mit Ihnen. Ich danke dafür meinen Wählerinnen und Wählern ehrlich und herzlich.*

Ich möchte durch eine Reihe von politischen Maßnahmen die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Reichelsiedlung positiv verändern. Hier leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. Diesen muss ein Gremium geboten werden, welches ihnen eine eigene Stimme gibt, um ihre Wünsche und Sorgen auf dem politischen Wege vortragen zu können. Wir haben deswegen den Antrag gestellt, einen Beirat für Belange von Migrantinnen und Migranten einzurichten. Dies ist nachhaltig, weil die Interessen von denen vertreten werden, die es angeht!

Zu diesem Antrag, aber auch mit allen Anregungen, Kritiken und Ideen können Sie mich jetzt schon unter meiner Mailadresse jederzeit anschreiben: peter.mokros@gruene-rheinberg.de Ich werde Ihnen antworten.

*Es ginge voran, wenn ich von dem einen oder der anderen erfahre, dazu beigetragen zu haben, dass die Anwohner*innen aufgrund erfolgter Veränderungen in und mit der Reichelsiedlung zufrieden sind. Entstände dadurch ein Stück positive Verwurzelung, wie aus manchen gewachsenen Stadtteilen berichtet wird, würde das meine Erwartungen weit übertreffen.*

3 1/2 Fragen an Bürgermeister Dietmar Heyde

1. Vom GRÜNEN BM-Kandidaten mit vielen Plänen zum Corona-Krisenmanager. Beschreibt das aktuell Deinen Arbeitsplatz?

D: Sehr zutreffend! Es vergeht leider kein Tag ohne Corona! Sei es unser wöchentlicher Krisenstab mit den verschiedenen städtischen Fachbereichen und der Feuerwehr, wo wir unter anderem die neuen Verordnungen vor Ort umsetzen müssen, oder die Konferenz der Bürgermeister des Kreises, viele Anfragen von Bürgern, Geschäftsleuten, Politiker*innen.

2. So eine Verwaltung verlangt viel Organisation und Personalführung. Wie ist das verglichen mit Deinem alten Job?

D: Von 15 auf fast 400 Mitarbeiter, das ist schon ein gewaltiger Sprung, ja. Aber viele Aufgaben, z.B. Personal- und Konfliktmanagement, hatte ich in meinem Beruf als Geschäftsführer der Aidshilfe mit Sitz in Duisburg auch, das kam mir zu Gute. Die Prozesse, die zu guter Zusammenarbeit bzw. zu Konfliktlösungen führen, sind ja ähnlich, wo Menschen zusammenarbeiten, ob es 15 oder 400 sind. Vertrauen, eine gute Personal- und Organisationsstruktur sind natürlich wichtig. Daher bin ich sehr froh und erleichtert, dass die so lange unbesetzte 2. Dezernatsstelle endlich neu besetzt wird. Das wird höchste Zeit!



Bürgermeister Dietmar Heyde

3. Welche Vorhaben und Projekte willst Du in Deiner Amtszeit umsetzen? Was ist Dir am wichtigsten?

D: Fünf Jahre werden mir nicht reichen! (lacht) Wichtig sind mir unter anderem die Ortsteile, die ich stärker in die Stadtentwicklung einbeziehen möchte, um die "Kommstruktur" zu reduzieren. Die Bürger*innen müssen nicht für jedes Anliegen nach Rheinberg kommen, sondern die Verwaltung geht mit einigen Angeboten in die Ortsteile und verstärkt die Zusammenarbeit mit den Freien

Trägern und Vereinen, wie es in dem Programm "Nachhaltige Stadtentwicklung 2030" angelegt ist. Die neue städtische Stabsstelle "Nachhaltige Stadtentwicklung" formuliert Ziele und kümmert sich darum, wie diese vor Ort umgesetzt werden können.

3 1/2. Du hast früher aktiv in Kleve Fußball gespielt – bis Du verletzt aussetzen musstest. Wenn Du einen Wunsch offen hättest: in welcher Mannschaft würdest Du heute am liebsten und auf welcher Position spielen?

D: Ich bin bekennender Mönchengladbach-Fan und wäre dort gerne auf der Sechser-Position unterwegs.



Die Fragen haben Luise Theile und Ernst Barten gestellt.

Dilemmaentscheidungen oder der Kern des politischen Handelns

Parteien entwickeln Programme für einen begrenzten Zeitrahmen (in der Kommune für 5 Jahre) und hoffen bei den Wähler*innen auf Zustimmung, damit sie durch ein gutes Wahlergebnis die Chance haben, möglichst viele ihrer Ziele in einem begrenzten Zeitraum umsetzen zu können.

Hieraus ergeben sich berechtigterweise Erwartungen an das Entscheidungsverhalten der gewählten Ratsvertreter*innen dieser Partei bei zu treffenden Beschlüssen im Rat und in den jeweiligen Fachausschüssen. Entscheidungen haben diese auf Grundlage einer Verpflichtungsformel zu treffen: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde gewissenhaft erfüllen werde.“

So ergeben sich für die Abgeordneten bei strittigen Fragen persönliche Dilemmasituationen – folgt sie/er den Aussagen des Parteiprogramms oder ihrer/seiner eigenen Gewissensentscheidung in einem konkreten Fall, in dem das „Wohl(e) der Gemeinde“ Vorrang vor einer Ausrichtung an einem Parteiprogramm hat. Unsere Gesetze sprechen den Entscheidern ausdrücklich dieses verantwortungsbezogene individuelle freie Mandat zu.

Als Sprecherin des Ortsverbandes habe ich die Diskussionen in der GRÜNEN Ratsfraktion um die Ansiedlung eines weiteren Logistikbetriebes in Rheinberg intensiv verfolgt und kann nur meinen hohen Respekt vor der sachlichen, stets abwägenden Diskussionskultur der Fraktion ausdrücken. Politische Zielorientierung bleibt weiterhin die Ablehnung weiterer Belastungen durch Emissionen aller Art und Flächenverbrauch für die Rheinberger Bevölkerung – aber soll dieses etwa ohne kritische Nachfragen oder Aushandeln mit einem Unternehmen geschehen? Dieses Abwägen braucht Zeit, und jeder Mensch kennt das auch bei Problemen oder Entscheidungssituationen aus seinem persönlichen Umfeld.

Die GRÜNE Partei und Fraktion wird immer dafür stehen, sich vor Entscheidungen intensiv mit dem Für und Wider auseinanderzusetzen – kritikloses Abnicken oder angebliche Handlungsahnung liegen der Dialogkultur dieser Partei fern. Das schafft dann eine sichere Handlungsgrundlage für das Abstimmungsverhalten jedes/jeder Einzelnen.

Bei allem Respekt vor den veröffentlichten Äußerungen in Leserbriefen und von politischen Konkurrenten vor Ort – Häme, Profilierung durch Selbstbelobigungen für vermeintliche, sichere Erkenntnisse verbieten sich für all diejenigen, die an Lösungen bei Entscheidungskonflikten interessiert sind und diese aushandeln – darauf kommt es in der Politik an!

Dagmar Krause-Bartsch
Ortsverbands-
Sprecherin



Wer bedroht den Baerler Busch? Und wer kann etwas dagegen tun?

"Der-Baerler-Busch-ist-bedroht" heißt die Bürgerinitiative, in der sich Bürger*innen für den Wald im Dreieck zum Stadtgebiet von Duisburg-Baerl, Rheinberg und Moers engagieren.

Doch wer bedroht den Baerler Busch?

1. Der Klimawandel, mit starken Hitze- und Trockenperioden in den letzten Jahren. Er hat den Wald stark geschwächt und anfällig gemacht, z. B. für Schädlinge wie den Borkenkäfer.

2. Die traditionelle Forstwirtschaft des Waldbesitzers Regionalverband Rhein-Ruhr (RVR). Der Baerler Busch wird zwar vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MULNV NRW) als Erholungswald der Stufe eins ausgewiesen. Dennoch betreibt der RVR hier Holzwirtschaft. Neben abgestorbenen und kranken Bäumen sind auch viele gesunde, starke Bäume bereits markiert und sollen in der nächsten Zeit gefällt werden. Der RVR erfüllt damit die Vorgabe, wirtschaftlich zu arbeiten und verspricht auf Informationsveranstaltungen eine "Verjüngung" des Waldes. Der Wald ist aber noch nicht alt: im zweiten Welt-



krieg wurde er massiv zerstört, die meisten Bäume wurden erst nach dem Krieg gepflanzt. Mit den Holzfällungen im großen Stil, mit großen Maschinen (Harvestern) wird der Waldboden stark verdichtet. Die neuen Lichtungen führen zu stärkerer Austrocknung des Bodens und zur Vermehrung unliebsamer Gehölzarten. Plötzlich freistehende Bäume sind anfälliger für Windwurf.

Weitere intensive Durchforstungen werden sowohl von der Bürgerinitiative als auch von den Naturschutzverbänden abgelehnt, da dadurch sowohl der Erholungswert des Waldes als auch der Wert für den Artenschutz erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde und wird. Die

Bürgerinitiative setzt sich unter anderem dafür ein, die wirtschaftliche Nutzung des Baerler Buschs zu reduzieren und für fünf Jahre auf weitere Durchforstungen zu verzichten. In dieser Zeit soll die Waldentwicklung im Kontext des Klimawandels beobachtet werden. Die Bürger*innen wollen die Verantwortlichen im RVR von einem naturnahen Waldkonzept überzeugen und haben deshalb Kontakte zu vielen Politiker*innen des Ruhrparlaments aufgenommen. Die Rheinberger GRÜNEN unterstützen die Bürgerinitiative tatkräftig.

Viele weitere Informationen zum Baerler Busch und zur Bürgerinitiative unter www.baerler-busch-ist-bedroht.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafbacher Straße 3c, 47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg

Gestaltung, Satz und Druck:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de



Luise Theile
Mitglied des
Ortsverbandes
sorgt sich
um den
Baerler Busch